

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

zum/zur

F0115/16 – Bündnis 90/Die Grünen – Stadtrat Assmann

Bezeichnung

Magdeburg auf dem Weg zur Digitalisierung?

Verteiler

Der Oberbürgermeister

Stadtamt

FB 01

Stellungnahme-Nr.

S0145/16

Datum

21.06.2016

Tag

05.07.2016

Auf die Anfrage F0115/16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Vorbetrachtung:

Der Prognos-Zukunftsatlas 2016 bewertet die Zukunftschancen und -risiken aller Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands. Dabei bildet er ein sehr umfassendes Bild von der Entwicklung der letzten Jahre, vom aktuellen Stand und den Entwicklungsmöglichkeiten der einzelnen Regionen in Deutschland ab.

Der Digitalisierungskompass ist nur ein Element davon. Er liefert Hinweise, wie fortgeschritten die Digitalisierung im Bereich Wirtschaft und Arbeitsmarkt in der einzelnen Region ist und in welchen Teilen Deutschlands Aufholbedarf besteht. Indikatoren sind der Anteil digitaler Impulsgeber an der Gesamtbeschäftigung, der Anzahl der IT-Gründungen je 10.000 Erwerbstätige sowie dem Anzeigenindex der digitalisierungsbezogenen Stellenausschreibungen. Das Angebot von digitalen Dienstleistungen für den Bürger durch die Verwaltung, internen Infrastrukturen usw. ist im Digitalisierungskompass eher indirekt betrachtet worden. Im Ergebnis der Auswertung wurde klar herausgearbeitet, dass eine starke Industrie der Motor für eine dynamischere digitale Entwicklung ist. Auf die Top-9-Standorte konzentrieren sich 43 % aller Digitaljobs, obwohl hier nur 15 % aller Beschäftigten in Deutschland arbeiten. Auch industrielle Zentren punkten. Hier arbeiten bis zu dreimal mehr digitale Impulsgeber als im Durchschnitt.

Betrachtet man die Entwicklung der Stadt Magdeburg erscheint angesichts des drastischen wirtschaftlichen Einbruchs ab 1989 und der Entwicklung bis heute die Darstellung der Stadt Magdeburg als wirtschaftlich aufstrebende und dynamisch agierende Stadt (noch vor Bremen und Dortmund) als selbst redendes Zeugnis. Trotz der gesamtdeutschen Platzierung 281 von 402 liegt die Stadt Magdeburg mit dem Prädikat „gute/ausgeglichene Chancen“ im Vorderfeld der neuen Bundesländer.

Zu den Fragen:

Die Informationsvorlage I0164/12 hingegen bezieht sich ausschließlich auf Maßnahmen der Verwaltung (interne Infrastruktur und Kommunikation, Fachverfahren...). In ihr wird ein Bogen von den Anfängen der digitalen Entwicklung über die Jahrtausendwende und den aufeinander aufbauenden Entwicklungsschritten bis zur damals aktuellen IuK-Strategie und ihren Umsetzungsvorstellungen geschlagen.

1) In der Informationsvorlage I0164/12 sind IT-Maßnahmen bis 2015 aufgeführt. Welche der Maßnahmen sind umgesetzt wurden (bitte tabellarisch aufführen)?

Die Maßnahmen der IuK-Strategie 2011 wurden in Kooperation mit der Universität Magdeburg, der KID Magdeburg GmbH sowie der Stadt Projektbereichen zugeordnet und sind hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit bewertet worden. Während der Umsetzung entwickelte sich die Strategie aufgrund mehrerer Einflüsse, wie veränderte Vorstellungen der Verwaltung, Entwicklungen im Bund und Land, Gesetzlichkeiten, Finanzen usw. Folgend ein Überblick über die umgesetzten Projekte:

Projektbereich 1 – Strategische Sicherung des stadteigenen (LWL) Kommunikationsnetzes

Die Landeshauptstadt verfügt über ein eigenständiges Verwaltungsnetz, welches die Hauptstandorte miteinander verbindet und sie autark von äußeren Einflüssen macht. Das Lichtwellenleiternetz wird unterhalten, entsprechend der Entwicklung der Verwaltung ausgebaut, mit Redundanzen abgesichert und ggf. rückgebaut. Folgende Projekte wurden abgeschlossen:

- Redundante Anbindung der Tessenowstraße über den Nordbrückenzug
- Redundante Anbindung der Feuerwache Nord über Theodor-Koslowski-Str.
- Redundante Anbindung W.-Höpfner-Ring über Brenneckestraße
- Modernisierung Netzabschnitt vom Alten zum Neuen Rathaus
- Beseitigung von „Flaschenhälsen“ im Netz

Projektbereich 2 – Entwicklung der technischen Basis

- Hinsichtlich der Gestaltung der technischen Basis wurde die virtuelle Poststelle eingerichtet, die eine Kommunikation auf der Basis der verbindlichen elektronischen Signatur bzw. auf der Basis von DE-Mail vornehmen kann.
- Auf den Aufbau eines eigenständigen eID-Servers wurde zugunsten einer Mietvariante verzichtet. Die Basisinfrastruktur für die Nutzung der Funktionen aus dem neuen Personalausweis (nPA) wurde damit geschaffen.
- Das DOI-Vorhaben e-Kfz befindet sich dagegen erst in der Vorbereitung zur Umsetzung der zweiten Ausbaustufe (eigenständige Anwendung inklusive ePayment).

Projektbereich 3 – Schaffung eines integrierten Prozessmanagements

Das integrierte Prozessmanagement zielt auf eine höhere Wirksamkeit der verwaltungsinternen Abläufe ab.

- Ein neues Zeiterfassungssystem wurde eingeführt.
- Das Mitarbeiterportal wurde etabliert und strukturiert.
- In diversen Ämtern wurde ein Dokumentenmanagementsystem eingeführt.
- Interneteffizienz wurde in mehreren Bereichen erhöht.
- CAD-Schulungen wurden durchgeführt.
- Statt des Einzelvorhabens zum Baugenehmigungsverfahren wird ein integriertes Bausoftwaresystem eingeführt.

Projektbereich 4 – Strategische Konsolidierung zur Sicherung nachhaltiger Prozesse

- Die Umsetzung des Identitätsmanagements wurde gestrichen.
- Das 3D-Stadtmodell wurde geschoben.
- Das Projekt der Langzeitarchivierung wurde konzeptionell gestaltet und kann jetzt pilotiert umgesetzt werden. Allerdings realisiert es nicht vollständig die Anforderungen des neuen Archivgesetzes.

2) Die I0164/12 gibt einen Handlungsrahmen bis 2015 vor. Wann wird dem Stadtrat eine neue diesbezügliche Strategie vorgelegt werden?

Gegenwärtig wird ein neuer Handlungsrahmen bis 2022 in Form eines Masterplans entwickelt. Die Erarbeitung ist noch nicht abgeschlossen. Voraussichtlich kann Ende des Jahres 2016 dem Stadtrat ein entsprechendes Dokument vorgelegt werden.

3) Wie werden die Ausschüsse und der Stadtrat in die Erstellung der folgenden Strategie eingebunden?

Der Masterplan soll in seiner Grundstruktur der Verwaltungsleitung, dem Personalrat sowie Vertretern der Fraktionen vorgestellt werden, um Vorstellungen und Hinweise in die Abschlussbearbeitung einfließen zu lassen. Er wird dann dem Beirat LuK zur Entscheidung vorgelegt.

4) Wie bezieht die Landeshauptstadt Magdeburg Unternehmen, NGO und Bürger*innen bei der Erarbeitung einer Strategie zur Entwicklung zukünftiger digitaler Angebote mit ein?

Wie oben beschrieben, bezieht sich die LuK-Strategie in erster Linie auf den internen Bereich. Dennoch fließen die Erfahrungen der Fachbereiche und -ämter aus ihren Außenkontrakten in die Anforderungen und Projektvorstellungen zur weiteren Entwicklung der Strategie mit ein. Schon allein aufgrund der nicht unerheblichen finanziellen Mittel wird auf eine breite Nutzerakzeptanz geachtet. Beispielsweise durch den Einsatz von Bürgerterminals und Online-Anwendungen soll zukünftig die Hemmschwelle zur Nutzung der digitalen Komponenten des nPA überwunden werden.

5) Sehen Sie in der Digitalisierung einen wesentlichen Faktor für eine prosperierende Stadtentwicklung?

Durch den umfassenden Einfluss der Digitalisierung auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wird eine ausgewogene Entwicklung angestrebt. Entsprechend der diesem Antrag zugrunde liegenden Veröffentlichung, wird den Ausführungen im Prognos-Zukunftsatlas 2016 entsprechend auf die führende Rolle der industriellen Entwicklung verwiesen, die durch Bestandsbetreuung und andere wirtschaftsfördernde Maßnahmen gestützt werden kann. Hingegen wirkt die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe dabei nur punktuell. Ihr Schwerpunkt liegt in der Prozessrationalisierung und medienbuchfreien Gestaltung interner Prozesse.

6) Welche wirtschaftlichen Impulse gedenkt die LH Magdeburg mit einer derartigen Strategie zu geben?

Eine verwaltungsinterne Strategie hat naturgemäß eine relativ geringe Außenwirkung. Diese bezieht sich einerseits auf die Anbieter der einzusetzenden Software, welche aufgrund der Vergaberichtlinien aber nicht regional spezifiziert werden können, andererseits auf die

Wechselwirkungen der Dienstleistungen für den Bürger und die Unternehmen, die sukzessive erweitert werden.

Holger Platz